

**FDP - Fraktion im Rat der  
Gemeinde Ostbevern**

Freitag, 1. März 2024

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren!

Generell lässt sich sagen, dass wir in diesem Jahr bedeutend weniger Änderungs- und Ergänzungsanträge zu bearbeiten hatten. Gerade einmal 14 Fraktionsanträge lagen uns in diesem Jahr vor. Dieser starken Reduzierung liegt vor allem eine gute Vorarbeit der Verwaltung und dem starken Willen zur Einsparung zugrunde. Auch der in diesem Jahr erstmals durchgeführte vorbereitende Workshop zum Haushalt war sehr hilfreich, sollte aber in den kommenden Jahren frühzeitiger terminiert werden um den Fraktionen anschließend mehr Zeit einzuräumen Anträge vorbereitend für die Ausschüsse zu bewerten.

Der Haushalt für das Jahr 2024 ist erneut strukturell nicht ausgeglichen. Die Probleme liegen zum einen in der deutlich eingebrochenen Gewerbesteuer, zum anderen in einer über die Jahre gewachsenen, unausgeglichenen Haushaltsstruktur. Die Auflagen und Aufgaben, die wir uns zum einen selbst auferlegen und zum anderen vorgegeben bekommen liegen in keinem Verhältnis zu den stetig steigenden Umlagen und fehlenden Unterstützungen aus höheren Ebenen. Sie überfordern uns als kreisangehörige Selbstverwaltungsträger. So steigt unter anderem in diesem Jahr erneut die Kreisumlage um 900T€ auf fast 9,9 Mio €, nachdem sie erst im vergangenen Jahr um 600T€ gestiegen ist. Gleichzeitig schafft der Kreis Warendorf 47 neue Stellen. Für uns verbleibt nur die Möglichkeit der Stellenreduzierung, damit wir unsere kommunale Selbstverwaltung erhalten. Wenn auch zunächst vorläufig.

So kann zukünftig kein gesunder Haushalt aufgestellt werden. Die starke Abhängigkeit von Grundstücksverkäufen zur Haushaltssanierung ist uns ein Dorn im Auge. Die sogenannten normalen Erträge decken weiterhin dauerhaft nicht die Aufwendungen.

Nach unserer Auffassung ist das nun erreichte Defizit von nur noch 1,7 Mio. € und die erarbeitete Verbesserung um ca. 3 Mio. € kein Grund zur Freude. Wir verbrauchen auf dieser Grundlage dennoch knapp 2% unseres Eigenkapitals.

Zur Erläuterung für Haushaltsinteressierte Leser und Hörer: Wenn wir in zwei aufeinanderfolgenden Jahren 5% unseres Eigenkapitals verbrauchen, befinden wir uns automatisch in der Haushaltssicherung. Dann werden wir keine Prioritäten mehr nach eigenem Ermessen setzen können. Dies würde dann in der Zuständigkeit der Bezirksregierung und des Landes liegen. Vor der Haushaltskonsolidierung betrug das Defizit ca. 4,7 Mio. € was einem Verbrauch von fast 7% des Eigenkapitals bedeutet hätte.

Was uns in diesem Jahr besonders bewegt hatte, war die geplante Steuererhöhung. Angedacht war aufgrund der problematischen Entwicklung des Haushaltes die Grundsteuer B und die Gewerbesteuer um 57 Prozentpunkte anzuheben. Eine Mehrbelastung von über 13% bei den Gewerbetreibenden und über 11% bei den Eigentümern und Anwohnern.

Diese übermäßige Erhöhung über den fiktiven Hebesatz hinaus, die uns in beiden Positionen zum Spitzenreiter im Kreis gemacht hätte, konnten wir auch auf Grundlage unseres Antrages abwenden und so die überproportionale Mehrbelastung aller Ostbeveraner verhindern und abschreckende Effekte für das ortsansässige Gewerbe abwenden.

Ebenso hatten wir den Antrag eingebracht, die im Stellenplan des Haushaltsentwurfes 2024 geplanten Erhöhungen nicht umzusetzen und auch auf die Schaffung zusätzlicher Stellen zu verzichten. Festzustellen ist nämlich, dass von 2020 bis 2024 - also innerhalb von 4 Jahren - eine Steigerung von 7,7 Stellen zu verzeichnen ist. Damit stiegen auch die Personalkosten im gleichen Zeitraum von 3.8 Mio. € auf 4.8 Mio. €. Allein im Vergleich zum Vorjahr beinhaltet der Haushaltsentwurf eine Erhöhung von 1,42 Stellen. Wir sind der Meinung, dass der Verwaltung im aktuellen Stellenplan ausreichend Spielraum zur Verfügung steht und wir schlicht nicht drumherum kommen die Verwaltungsaufgaben zunächst auf schmalere Schultern zu stellen, um den Haushalt zu entlasten. So wird nun insgesamt auf 3 ganze Stellen verzichtet.

Was wir allerdings sehr begrüßen, ist die diesjährige Herangehensweise an den Investitionsplan. Dieser wurde durch erneute intensive Bemühungen nochmal stark reduziert. Es wurde dabei deutlich sorgfältiger abgewogen und viele Maßnahmen, die aus jetziger realistischer Bewertung für 2024 nicht in Frage kommen, sind herausgenommen worden.

Wenn noch viele offene Fragen bestehen und enorme Probleme aus dem Weg geräumt werden müssen, - Probleme, die sich absehbar noch über Monate hinziehen -, dann sollten sie auch nicht in der vollen Größe im Haushalt aufgeführt werden.

Wir müssen den Haushalt als Leitfaden - weiterhin für das laufende Jahr kritisch bewerten, die eingestellten Beträge kontinuierlich überwachen und eingestellte Maßnahmen auf ihre Notwendigkeit prüfen.

Ich möchte zunächst einen besonderen Blick auf unsere Infrastruktur richten.

Die Vermarktung im Kohkamp III stockt aufgrund der gestiegenen Baukosten und der hohen Zinsen.

Trotz der schwankenden Gewerbesteuereinnahmen setzen wir weiterhin auf diese wichtige Einnahmequelle. Das Planen und Erschließen von weiteren Gewerbeflächen ist daher unabdingbar. Neben der Wohnbebauung müssen wir für Gewerbe attraktiv bleiben, wir dürfen uns nicht hin zu einer reinen „Schlafstadt“ entwickeln.

Leider wurde unser aller Hoffnung, in Bahnhofsnähe zukünftig Gewerbe ansiedeln zu können, eine Absage im Regionalplan erteilt. Jedoch ergibt sich aufgrund eines Sonderstatus für touristische Zwecke möglicherweise zukünftig eine Aufwertung des Bahnhofs.

Weitere Gewerbeflächen scheinen uns mit dem kommenden Regionalplan in den nächsten Jahren zur Verfügung zu stehen. Jedoch ist die Ausweisung von Potenzialflächen allein noch keine Garantie für eine zügige und erfolgreiche Umsetzung. Hier müssen wir weiterhin intensiv dranbleiben und die ansässigen Gewerbestandstücksinteressenten um Geduld bitten. Eine Fokussierung auf den strategischen Ausbau GE Nord sollte unser aller Ziel sein.

Die Umsetzung staatlicher Vorgaben zum Ausbau des schulischen Ganztags strapazieren unsere Verwaltungsaufgaben zusätzlich. Die geplanten Anbauten sind kostspielig und die

benötigten Zuschüsse finden sich nur teilweise in den Förderprogrammen wieder. Hinzu kommt, dass wir die Diskussion um neue Anbauten nicht nachvollziehen können. Der Rechtsanspruch der OGS bezieht sich auf den Betreuungsplatz an sich, nicht auf neue Räumlichkeiten. Es sollte unserer Meinung nach eher darum gehen, bestehende Flächen sinnvoll zu nutzen und entsprechend dem Bedarf anzupassen – so, wie es in NRW vielfach erfolgreich gehandhabt wird. Wieso in Ostbevern gleich über kostspielige Anbauten diskutiert wird ist für uns ein Buch mit sieben Siegeln.

An einem generellen Ausbau der Schulen für den zu erwartenden Bedarf an wachsenden Schülerzahlen halten wir jedoch fest. Wir müssen die Schulen räumlich erweitern, daran führt kein Weg vorbei, da der Bedarf vorhanden ist. Natürlich immer auf der Grundlage der aktuellen Entwicklungen.

Zur Infrastruktur zählen wir auch die Straßenunterhaltungen. Circa 30% unseres Vermögens stecken in den Straßen und Wegen Ostbeverns. Dieses Vermögen muss kontinuierlich instandgehalten werden. Die Forderung der Vergangenheit, mehr Aufmerksamkeit der Sanierung der Wirtschaftswege zu widmen, bleibt bestehen. Wohlgermerkt nach 24 Jahren haben wir es endlich geschafft, ein Teilstück in Schirl/ Brock zu sanieren. Wir hoffen, dass dieser Tage damit begonnen wird. Dies sollte jedoch der Einstieg sein, weitere Teilabschnitte einer Sanierung zuzuführen. Wir sind nämlich der Meinung, dass ein Teil der Wirtschaftswege in einem Zustand ist, der als desolat zu bezeichnen ist – und nicht wie unter anderem im Straßen- und Wegekonzept als zufriedenstellend und „gesund gebetet“.

Die Sanierung der neuen Mitte unterliegt aufgrund der schlechten Wetterlage einer leichten Verzögerung. Jedoch verlaufen trotz paralleler Sanierung des Hanfgartens die Arbeiten relativ zufriedenstellend. Einzig die Kommunikation mit dem ansässigen Gewerbe wäre zu kritisieren. Eine dauerhafte Erreichbarkeit der Geschäfte und Lokale muss sichergestellt sein, um die zum Teil umfassenden Umsatzeinbrüche zu verhindern. Die Betreiber dürfen nicht unter einer größtenteils kosmetischen Sanierung der Hauptstraße leiden.

#### **Fazit:**

Ich komme zum Schluss und fasse zusammen. Wir bedanken uns bei allen Bürgerinnen und Bürgern, bei allen Kaufleuten, Gewerbetreibenden, Landwirten, Vereinen,

Organisationen und natürlich bei den Kirchen, Schulen und Kindergärten.

Die vergangenen Jahre waren und sind aufgrund der andauernden Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten, der uns sehr belastenden Flüchtlingsproblematik, dem Fortschreiten des Klimawandels und nicht zuletzt durch die Corona Pandemie insgesamt nicht leicht zu bewältigen.

Das Jahr 2024 wird für uns alle wieder einmal erhöhte Kraftanstrengungen abverlangen. Der Gemeindehaushalt muss mit seinen natürlichen „Einnahmen“ auskommen. Auch wenn daraus für das begonnene Jahr drastische Einsparungen resultieren und sich diese durch alle Ebenen und Bereiche unserer Gemeinde ziehen.

Ich bedanke mich für die gute Arbeit der Verwaltung in der Vorbereitung für den Haushalt 2024 – im Besonderen auch bei unserem Kämmerer Dr. Michael König und seiner Mannschaft – und auch bei den drei weiteren Fraktionen, die bei allen Diskussionen in den Ausschüssen und auch im Workshop der Sachlichkeit den Vorzug gegeben haben – auch wenn es zuweilen lange Sitzungsabende waren. Wir meinen, wir sind gemeinsam zu vertretbaren zukunftsorientierten Lösungen gekommen.

Trotz des offenkundigen enormen Defizits im Haushalt wird die FDP-Fraktion dem Haushalt mit den erfolgten Änderungen – auch aufgrund der ehrlichen und intensiven Bemühungen diesen möglichst ausgeglichen vorzulegen – zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Florian König  
Fraktionsvorsitzender FDP Ostbevern